

## James F. Byrnes, In aller Offenheit

**Legende:** In seinen Memoiren erinnert sich der amerikanische Außenminister, James F. Byrnes, an die langwierigen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Frage der deutschen Kriegsentschädigungsleistungen während der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli 1945 bis 2. August 1945.

**Quelle:** BYRNES, James F. In aller Offenheit. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte, 1949. 419 S. p. 112-120; 122.

**Urheberrecht:** (c) J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/james\\_f\\_byrnes\\_in\\_aller\\_offenheit-de-a8d1640f-5d52-4d14-b5bb-7bb85b9aaa76.html](http://www.cvce.eu/obj/james_f_byrnes_in_aller_offenheit-de-a8d1640f-5d52-4d14-b5bb-7bb85b9aaa76.html)

**Publication date:** 02/07/2015

## James F. Byrnes, *In aller Offenheit*

[...]

Als wir nach Potsdam gekommen waren, sahen wir uns hinsichtlich der polnisch-deutschen Grenze einer vollendeten Tatsache gegenüber. Schon vor Jalta waren die drei Mächte übereingekommen, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen, und im sechsten Abschnitt des Protokolls von Jalta erklärten sie ausdrücklich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben solle. Obwohl das Protokoll keine Mißverständnisse zuzulassen schien, erfuhren wir vor unserer Abreise nach Deutschland, daß die Sowjets das ganze deutsche Gebiet östlich der Neiße polnischer Verwaltung unterstellt hatten, ohne sich vorher mit Großbritannien oder den Vereinigten Staaten ins Benehmen gesetzt zu haben.

Die Sowjets hatten damit praktisch eine weitere Zone errichtet; sowohl Präsident Truman wie Premierminister Churchill baten sofort um eine Erklärung dieser einseitigen Handlungsweise. Ein solches Verfahren, sagte der Präsident, widerspreche nicht nur der getroffenen Vereinbarung, es werde auch die Lösung anderer Probleme, zum Beispiel der Reparationsfrage, sehr erschweren.

Die Sowjets rechtfertigten sich, indem sie sagten, die Deutschen seien vor den russischen Truppen geflohen; da das Gebiet verwaltet werden müßte, hätten sie Polen gestattet, die Verwaltung zu übernehmen. Generalissimus Stalin gab zu, daß keiner der Mächte das Rechtzustand, eine neue Zone zu errichten, meinte aber, daß die Sowjetregierung für geordnete Verhältnisse im Rücken der Roten Armee sorgen müsse. Dann gab er weiter zu, daß Polen tatsächlich aus diesem Gebiet große Mengen Kohle abtransportiere, von denen wir verlangten, daß sie als Teil der Reparationszahlungen betrachtet würden.

Der Präsident fragte, wie man jemals die Reparationsfrage regeln könne, „wenn ein Teil des deutschen Gebietes schon vergeben ist, bevor wir uns geeinigt haben, was überhaupt als Reparation gelten soll“. Stalin bemerkte, alles, was der Präsident sage, berühre nicht den Kern der Sache, da „auf der Krimkonferenz keine Gebietsregelungen getroffen worden sind, abgesehen von dem Plan, Polen einen Gebietszuwachs zuzubilligen.“

„Die Frage der Westgrenze ist offen“, sagte Stalin, „und die Sowjetunion ist nicht gebunden.“

Der Präsident wiederholte: „Sie ist nicht gebunden?“

„Nein“, bestätigte Stalin.

Wir waren auch wegen der gewaltigen Bevölkerungsverschiebung besorgt, die eine Folge des sowjetischen Vorgehens war. Obwohl Stalin behauptete, kein einziger Deutscher sei noch „in dem Gebiet, das Polen erhalten solle“ (einem Gebiet, in dem vor dem Krieg neun Millionen Deutsche gewohnt hatten), wußten wir, daß mindestens zwei Millionen Deutsche dort geblieben waren. Später gaben Vertreter der polnischen Regierung zu, daß sich noch annähernd eineinhalb Millionen Deutsche in dem Gebiet befanden, meinten aber, viele von ihnen würden freiwillig gehen, wenn es Polen zugesprochen würde.

Der polnische Präsident Bierut verteidigte den Anspruch seines Landes auf Ostdeutschland in einer Zusammenkunft der Außenminister am 24. Juli. Er wies darauf hin, daß Polen mit dem ganzen Gebiet, das es beanspruchte, doch noch kleiner sein würde, als es vor dem Krieg war, weil nach dem Krimbeschuß 180 000 Quadratkilometer im Osten an Rußland abgegeben würden. Er behauptete jedoch, durch die Eingliederung Ostdeutschlands würde Polen eine gesündere Wirtschaft und eine einheitlichere Bevölkerung erhalten.

Churchill hatte darauf hingewiesen, daß dieser von der Sowjetunion unterstützte Plan die deutsche Ackerfläche innerhalb der Grenzen von 1937 beinahe um ein Viertel verringern würden. Nicht nur die deutsche Nahrungsmittelversorgung würde beschnitten werden, betonte er, sondern mehr als eine Million Deutsche würden in die westlichen Zonen getrieben werden, „die ihre hungrigen Mäuler mitbringen. Und

sie alle wollen versorgt sein.“

[...]

Unser Wunsch, die Reparationsfrage als Teil einer umfassenden Wirtschaftsplanung zu behandeln, scheiterte an der Wirklichkeit. Wir hatten erwartet, daß jede der Besatzungsarmeen alle durch sie aus Deutschland entfernten Werte, die nicht unter den Begriff der Kriegsbeute fielen, genau zu Lasten des Anteils verrechnete, der den einzelnen Mächten in einer späteren Reparationsregelung zugeteilt werden würde. Aber schon vor Eröffnung der Konferenz hatten wir erfahren, daß die Sowjetarmee Maschinen und sonstiges Privateigentum, das in keiner Weise als Kriegsbeute bezeichnet werden konnte, abtransportierte. Einige dieser Berichte enthielten Tatsachen, die wir einfach nicht glauben wollten. Aber es war nicht mehr viel zu bezweifeln, als wir nach unserer Ankunft in Deutschland Berichte von Augenzeugen erhielten und auch selbst überzeugenden Beweisen gegenüberstanden.

[...]

Clayton und Pauley zeigte man einen Platz an der russisch-amerikanischen Zonengrenze, wo die Sowjets vor der endgültigen Grenzziehung Maschinen aus einer Fabrik, die vielleicht in unsere Zone hätte fallen können, entfernt und nicht mehr als zweihundert Meter weiter in ihr Gebiet gebracht hatten. Dort ließ man sie im Freien liegen. Die Anlagen der Internationalen Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft in Berlin waren beinahe ihrer ganzen Einrichtung beraubt worden. Clayton und Pauley besuchten andere Fabriken, die Kunstseide, Eis und optische Instrumente hergestellt hatten, und fanden ähnliche Verhältnisse vor.

Pauley sprach über die Sache ausführlich mit Maiskij, der zugab, daß eine Besatzungsmacht rechtmäßig keine Vermögenswerte entfernen konnte, ohne den anderen Mächten darüber Rechenschaft abzulegen, vorausgesetzt, daß es sich nicht um Kriegsbeute handelte. Maiskij versuchte eine Definition von Kriegsbeute zu geben, die Zimmer- und Badeeinrichtungen, Silberzeug, Kohle und andere ähnliche nichtmilitärische Güter umfaßte. Es ist ihm nicht gelungen.

Schließlich fragte ich Molotow auf einer Zusammenkunft der Außenminister am 23. Juli, ob es wahr sei, daß die sowjetischen Behörden große Mengen an Ausrüstungsgegenständen und Rohmaterial, sogar Haushaltsgegenstände, aus ihrer Zone entfernt hätten.

„Ja, das ist der Fall“, erwiderte Molotow. Wenn es mir nicht recht sei, fuhr er fort, so sei er bereit, von den an die Sowjetunion zu leistenden Reparationszahlungen einen angemessenen Betrag für die abtransportierten Güter abzuziehen; 300 Millionen Dollar erschienen ihm angemessen. Als ich Einwände erhob, antwortete er schnell mit dem Angebot, die russische Reparationsansprüche von zehn auf neun Milliarden Dollar herabzusetzen, um die Abtransporte auszugleichen und „damit die Angelegenheit zu erledigen“.

[...]

Die Vereinigten Staaten, sagte ich, seien „tief beunruhigt“ über die Entwicklung der Reparationsfrage. Wir seien schon immer der Meinung gewesen, die drei Mächte sollten die Frage der deutschen Wirtschaft als Ganzes behandeln; aber wir sähen keinen Weg, wie die Auffassung der Sowjetunion über Kriegsbeute, Abtransporte und so weiter mit einem allgemeinen Reparationsplan in Einklang zu bringen sei. Wir hegten die stärksten Befürchtungen, so betonte ich, daß „der Versuch einer brauchbaren Lösung dieser Fragen zu endlosen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten unter den drei Ländern führen würde, und das zu einer Zeit, in der Einigkeit unter ihnen unbedingt notwendig ist“. Wir hielten es daher unter den gegebenen Umständen für richtig, zu erwägen, jedes Land seine Reparationen aus seiner eigenen Zone nehmen zu lassen.

[...]

Wir erklärten uns mit einer gleichmäßigen Verteilung der deutschen Kriegs- und Handelsschiffe unter die

drei Mächte einverstanden; die Russen hatten uns vom Beginn der Konferenz an mit dieser Forderung heftig bedrängt. Wir drängten unsererseits Molotow, unsern Reparationsvorschlag anzunehmen. Daraufhin erklärte er, die Sowjetunion sei bereit, ihn „grundsätzlich“ anzunehmen; sie wünsche nur einige „Einzelheiten“ zu regeln. Die wichtigste „Einzelheit“ war die Menge an Industrieeinrichtungen, die die Sowjetunion aus dem Ruhrgebiet erhalten sollte; er meinte, eine Menge im Wert von zwei Milliarden Dollar sei wohl angemessen!

[...]

Molotow ließ, wenigstens für den Augenblick, seinen Vorschlag auf gemeinsame Verwaltung des Ruhrgebiets, ein Hauptziel der Sowjetunion in Westeuropa, fallen. In den übrigen Angelegenheiten einigten wir uns schnell: über die wirtschaftlichen Grundsätze der Besatzungspolitik in Deutschland, einschließlich der Übereinkunft, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, über die geregelte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, schließlich über die Revision der Arbeitsweise des Alliierten Kontrollrats in Rumänien, Bulgarien und Ungarn, mit dem Ziel, wenigstens teilweise die Forderungen zu erfüllen, die wir in unserm Vorschlag zur Durchführung der Deklaration von Jalta für das Befreite Europa erhoben hatten.

Wir kamen überein, unsere Vertreter anzuweisen, sofort das Gerichtsverfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher in Angriff zu nehmen. Es würde wohl die Freude am Krieg verringern, wenn die Leute, die damit anfangen, statt eines Lorbeerkranzes um das Haupt eine Schlinge um den Hals bekamen.

Ich muß festhalten, daß nirgends im Potsdamer Protokoll Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion vorgesehen sind. Alle früheren Diskussionen wurden durch das formelle Reparationsabkommen von Potsdam aufgehoben. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, wenn die Sowjetunion ein Jahr später erneut die Forderung auf Reparationen in der Höhe von zehn Milliarden Dollar aus der laufenden Produktion erhob und tatsächlich fortgesetzt die deutsche Arbeitskraft ausnutzt.

[...]

Wir hatten den Eindruck, daß wir in den Vereinbarungen über Deutschland einen wirklichen Fortschritt erzielt hatten, obwohl wir Grund genug hatten, zu befürchten, daß es lange dauern werde, bis wir die Sowjets an die Arbeit für einen deutschen Vertrag gebracht haben würden. Nichtsdestoweniger waren wir der Meinung, das erzielte Reparationsabkommen werde uns der Notwendigkeit entheben, sie wegen ihres einseitigen Vorgehens beim Verschleppen von Menschen und Eigentumswerten aus ihrer Zone offen anzuklagen.

Sicher hegte keiner von uns den Verdacht, daß die ersten Friedensverträge erst nach sechzehn Monaten fast ununterbrochener Verhandlungen geschlossen werden würden. Wir waren fest davon überzeugt, daß die erzielten Beschlüsse eine Grundlage für die baldige Wiederherstellung dauerhafter Verhältnisse in Europa bildeten.

Tatsächlich haben die Beschlüsse die Konferenz zu einem Erfolg gemacht, aber die Verletzung dieser Beschlüsse verwandelte den Erfolg in einen Fehlschlag.

[...]